



## **PRESSEMITTEILUNG**

FREI ZUR VERÖFFENTLICHUNG

---

### **BEM-Pressekonferenz: „Fördermillionen allein liefern keine Verkehrswende“**

Berlin, 20.05.2021. Einen klaren Strategie- und Methodenwechsel in der Verkehrspolitik der Bundesregierung hat der Bundesverband eMobilität (BEM) am Donnerstag für die kommende Legislaturperiode gefordert. „Fördermillionen allein liefern keine Verkehrswende“, sagte BEM-Präsident Kurt Sigl auf der BEM-Pressekonferenz in Berlin. „Die Elektromobilität ist die einzig verfügbare Alternative im Verkehrsbereich, um die hochgesteckten Klimaziele der EU und die Vorgaben aus Karlsruhe jetzt umzusetzen. Damit Umwelteffekte tatsächlich eingefahren werden können, braucht es neben den Kaufanreizen für Endkunden eine systematische Reform für die Elektromobilität und eine konsistente Verkehrspolitik, damit Wirtschaft und Verwaltung an einem Strang ziehen können“, so Sigl weiter.

Der BEM kritisierte, dass die amtierende Regierung weit unter ihren Möglichkeiten für eine gelingende Verkehrswende geblieben sei. „Bisherige Entscheidungen in der Verkehrspolitik haben weder zur Verminderung der Klimawirkung unserer Mobilität geführt noch eine Wende im gesellschaftlichen Verhalten ausgelöst“, heißt es [in dem BEM-Empfehlungspapier](#), das am Donnerstag vorgestellt wurde - und weiter heißt es: „Veränderungen scheitern bereits an fehlenden Konzepten, der mangelnden Detailkenntnis fachlich Zuständiger und an fehlenden, fachübergreifenden Schnittstellen.“

Zur Durchsetzung der neuen Klimaziele bestärkt der BEM die künftigen Regierenden, unangenehme Entscheidungen zu treffen. Neben dem fixierten Enddatum für die Zulassung von Benzin- und Dieselfahrzeugen gehört auch der zeitnahe Stopp sämtlicher Förderprogramme für Verbrennerfahrzeuge auf Bundes- und Landesebene zu den Empfehlungen. Hier sei bislang keine einheitliche Linie erkennbar. Äußerst großen Nachholbedarf sieht der BEM in den rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen. Er kritisierte das nur acht Paragraphen umfassende Elektromobilitätsgesetz (EmoG), welches weder den Antrieb noch seine Fahrzeuge richtig erfasse oder sinnvoll regelt und noch dazu mit dem 31.12.2026 einem überraschenden Verfallsdatum unterliege. Daneben gebe es 25 weitere Gesetze, Verordnungen und Regularien, die die Elektromobilität in Teilaspekten regeln; hier empfiehlt der Verband eine deutliche Bündelung.

In organisatorischer Hinsicht sieht der BEM die fachliche Betreuung und Beratung der Regierung durch einen neuen Träger geboten, der keinen hausgemachten Interessenkonflikten unterliege wie die gegenwärtig beauftragte NOW GmbH. Außerdem wies der Verband darauf hin, dass Ministerien und Regierungsgremien ihre Anhörungsprozesse auf Teilnahme und Proporz von Vertretern der Elektromobilität prüfen müssten. Zu oft habe es Abstimmungen ohne Experten vom Fach gegeben.

